

---

**2982/J-BR/2014**

---

**Eingelangt am 26.03.2014**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

des Bundesrates Herbert  
Kolleginnen und Kollegen  
an die Bundesministerin für Inneres  
betreffend Rückbaukosten im Zusammenhang mit den Schließungen von Polizeidienststellen

Die Schließung der Polizeidienststellen in ganz Österreich ist auch mit zum Teil erheblichen Rückbaukosten für die Demontage und Entsorgung von Sicherheitseinrichtungen wie Sicherheitsschleusen, Gegensprech- und Notrufanlagen und dergleichen, Abbau von Servern und Datenleitungen, Entfernen und Entsorgung von Büro-, Küchen- und Sanitäreinrichtungen verbunden.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Bundesräte an die Bundesministerin für Inneres nachstehende

### **Anfrage:**

1. Bei welchen Polizeiinspektionen von der Schließungsliste fallen diese Rückbaukosten an?
2. Wie hoch sind die Gesamtkosten pro zu schließender Dienststelle?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind darin enthalten, aufgeschlüsselt auf die einzelnen Dienststellen und die dort jeweils zu erledigenden Arbeiten?
4. Wer trägt diese Kosten (BM.I oder die betreffende LPD)?
5. Sind diese Kosten im aktuellen Haushaltsplan budgetiert?
6. Wenn ja, wie viel wurde dafür finanziell bereitgestellt?
7. Wenn nein, wie werden die dafür erforderlichen Finanzmittel sichergestellt?
8. Sind für die Finanzierung dieser Rückbaukosten auch Einsparungen im Bereich des BM.I bzw. der LPD's notwendig?
9. Wenn ja, wie hoch sind diese Einsparungen und welche Bereiche sind davon betroffen (aufgeschlüsselt auf die betreffenden Geschäftsbereiche im BM.I bzw. der LPD)

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**